

# Welches Wirtschafts- und Sozialmodell?

In den Wählervoten des EU-Referendums und der Bundestagswahl ging es um die gleiche Kernfrage

HENRIK UTERWEDDE\*

Auf den ersten Blick haben das französische EU-Referendum vom 29. Mai und die Bundestagswahl vom 18. September nur wenig gemeinsam. Dennoch kann man die These wagen, dass in beiden Fällen eine Kernfrage im Mittelpunkt stand (ohne dass die Wählervoten auf diese einzige Frage zu reduzieren wären): Es ging – und geht – um die Frage des künftigen Wirtschafts- und Sozialmodells. Haben sich die Nachkriegsmodelle der Sozialen Marktwirtschaft hier, des „modèle social français“ dort erschöpft, sind sie zum Hemmnis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung geworden, muss ein Systemwechsel in Richtung einer liberalen Marktwirtschaft erfolgen? Oder sind diese Modelle unentbehrlich für den sozialen Zusammenhalt und müssen sie deshalb vor einer drohenden Aushöhlung durch wirtschaftsliberale Brüche bewahrt werden? Damit im engen Zusammenhang stehen andere Fragen: etwa, wie die in beiden Ländern verloren gegangene Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zurückgewonnen werden kann und inwieweit die Globalisierung und die Europäisierung der Wirtschaft noch Raum für nationale Diversität und die Entwicklung beziehungsweise Bewahrung nationaler Wirtschafts- und Sozialmodelle lassen.

Beide Wählervoten enthalten eine diffuse, nicht widerspruchsfreie Antwort auf diese Fragen. Die französische Referendumskampagne und das Nein zum Verfassungsentwurf war beherrscht von einer prononcierten Ablehnung eines „wirtschaftsliberalen Europa“ und von dem Festhalten am „modèle social français“. <sup>1</sup> Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt einerseits, dass die von CDU/CSU und FDP verfolgte Strategie einer durchgängigen Liberalisierung und Flexibilisierung der Wirtschaft mehrheitlich abgelehnt worden ist; andererseits kann trotz der Verluste der Sozialdemokraten an die Linkspartei von einer generellen Ablehnung der von Gerhard Schröder eingeleiteten Reformpolitik nicht die Rede sein. Man geht sicher nicht zu weit, das Ergebnis als ein „Ja, aber“ zu den Reformen der Sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes zu interpretieren: eine – wenngleich oft nur resignative – Anerkennung notwendiger Strukturveränderungen ist gepaart mit dem deutlichen Auftrag, Reformen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu machen und dabei die soziale Balance zu wahren.

Es ist auch für die europäischen Partner ein deutliches Signal, dass die beiden Kernländer der EU einer einseitig wirtschaftsliberalen Ausrichtung eine deutliche Absage er-

\* Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), Ludwigsburg.

teilen. Aber das ist nur ein Teil der Antwort. Wie wollen Frankreich und Deutschland ihre strukturellen wirtschaftlichen Schwächen überwinden und von europäischen Sorgenkindern wieder zu Motoren werden? Sind sie in der Lage, notwendige Veränderungen und Strukturanpassungen vorzunehmen? Die defensive Abwehrhaltung gegen den Neoliberalismus, die internationalen Finanzmärkte oder gewisse Projekte der EU-Kommission, wie sie in beiden Ländern vielfach zum Ausdruck gekommen ist, reicht bei weitem nicht aus. Die französische wie die deutsche Regierung müssen Antworten auf die manifeste Schwäche ihrer Wirtschafts- und Sozialmodelle und auf die in den Wählerstimmen ausgedrückten Ängste und Forderungen finden. Dabei sind trotz aller aufgezeigten Parallelen die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen in beiden Ländern unterschiedlich.

### **Französisches Sozialmodell zwischen „Bruch“ und „Erneuerung“**

In Frankreich reiht sich die im Nein des Referendums zum Ausdruck gekommene Protesthaltung ein in eine Kette von ähnlichen Verweigerungen in den vergangenen Jahren. In ihnen kommt eine Abwehrhaltung gegenüber Veränderungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft zum Ausdruck, die als Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und der Wirtschafts- und Sozialordnung Frankreichs kritisiert werden: Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die zum Kern des 'service public' gezählt werden; Sozialstaatsreformen, die als sozialer Rückschritt und beginnende Aushöhlung der 'Sécurité sociale' empfunden werden; Offensiven der EU-Kommission wie die „Bolkestein-Richtlinie“ zur Dienstleistungsfreiheit, der eine Unterminierung des nationalen Tarifrechts vorgeworfen wird; Delokalisierungsstrategien und Sozialpläne zahlreicher Unternehmen, in denen die Auswirkungen der Globa-

lisierung und der Diktatur der Finanzmärkte greifbar werden.

Die Härte und die Schärfe, mit der der Protest zum Ausdruck kommt, hat mehrere Wurzeln. Zur traditionell hohen Mobilisierungsfähigkeit der Gesellschaft kommt die hohe ideologische Aufladung der Proteste. Die Leitidee des Republikanismus mit ihrer politischen Sichtweise der Ökonomie – das heißt dem Primat der Politik, die, demokratisch legitimiert, einen Steuerungsanspruch gegenüber dem Markt und den Unternehmen beansprucht – führt im Verein mit dem stark verankerten Antiliberalismus dazu, dass jegliche Veränderung oft unter dem Generalverdacht der wirtschaftsliberalen Unterminierung der sozialen Republik fällt und scharf kritisiert wird. Die harten Auseinandersetzungen um die – bescheidene – Teilprivatisierung von EDF und der Streik der Eisenbahner gegen eine „schleichende Privatisierung“ der SNCF im November 2005 sind Beispiele für diese Haltung. Die Streikenden verteidigen dieser Sichtweise zufolge nicht nur ihre Arbeitsplätze oder ihren Status, sondern auch die Idee des 'service public' und damit einen der Kerne des französischen Sozialmodells.

In dieser Situation sind auch sinnvolle Strukturveränderungen äußerst schwierig; die Regierungen weichen oft dem sozialen und politischen Druck und/oder versuchen, ihn dadurch zu umgehen, indem sie Veränderungen mit einer tradierten Rhetorik „verpacken“. Das führt zu einer Verdrängung der notwendigen Debatte darüber, wie das französische Modell unter den Bedingungen einer globalen Konkurrenz, der europäischen Wirtschaftsintegration und des sozioökonomischen Strukturwandels (Wissensgesellschaft, demographischer Wandel usw.) funktionieren kann und welcher Veränderungen es bedarf, um die zentralen Werte und die Kernelemente des französischen Sozialmodells zu bewahren. Denn die Bedingungen für das öffentliche Handeln haben sich verändert: Die französische Wirtschaft ist mehr

als andere durch die Präsenz ausländischen Kapitals geprägt. Der Steuerungsanspruch des Staates wird teilweise ausgehöhlt beziehungsweise erfordert neue Formen der Intervention. Das Sozialmodell ist ebenfalls an seine Grenzen gestoßen.<sup>2</sup> Die nahezu gebetsmühlenhafte Rhetorik, mit der zum Beispiel Jacques Chirac – und nicht nur er – die Verteidigung des französischen Sozialmodells zum Ziel erhebt, steht in eigenartigem Kontrast zur Realität und gibt denjenigen Recht, die darauf hinweisen, wie sehr dieses Modell sich von seinen ureigenen Zielen entfernt hat. „Wenn ein Sozialmodell derart viel Arbeitslosigkeit produziert und eine Ausbreitung der Armut nicht mehr eindämmen kann, muss man es reformieren“, formuliert CFDT-Chef François Chérèque kurz und bündig („Le Monde“, 28./29.9.2005). Die lebhafteste Debatte über die Zukunft des französischen Modells, die während und nach der Referendums-kampagne entflammt ist, war insofern überfälliger.<sup>3</sup> Dabei hat man allerdings den Eindruck, dass das Lager der Reformen sich schwer tut, zwischen den Positionen des Status quo (auf der Linken und extremen Linken, aber auch im Lager der Neogaullisten) und den Verfechtern eines neoliberalen Bruchs einen Weg der Erneuerung des französischen Sozialmodells zu entwerfen. Der Blick auf die beiden großen Lager stimmt pessimistisch: Bei den Sozialisten dominieren die Ambitionen der rivalisierenden „Elefanten“ um die Präsidentschaftskandidatur und eine linke Rhetorik, die wenig überzeugend ist. Im Lager der Regierungspartei UMP ist der Krieg zwischen dem Präsidenten und Nicolas Sarkozy voll entbrannt; letzterer gefällt sich in einer Rhetorik des „Bruchs“, die inhaltlich zwischen einem kaum verhüllten Wirtschaftsliberalismus und Anleihen beim etatistischen Voluntarismus der Gaullisten schwankt und dessen einigendes Band allein in der persönlichen Ambition des UMP-Chefs zu suchen ist.<sup>4</sup>

Die mitunter verbissene Fixierung auf den Status quo und die damit verbundene (im

Übrigen parteiübergreifende) Immobilität, die die politischen und sozialen Akteure kennzeichnet, hat aber auch einen weiteren Grund. Die soziale Krise, die das Land seit einigen Jahren durchzieht, ist längst zu einer Krise der sozialen Integration geworden. Langzeitarbeitslosigkeit, neue Armut, soziale und ethnische Segregation in den Vorstädten, mangelnde Zukunftsperspektiven für die jungen Menschen, ein Gefühl der Prekarität, die längst die Mittelschichten erreicht hat: Der Staat und seine Institutionen, die im französischen Modell die Garanten des sozialen Zusammenhalts waren, scheinen immer weniger in der Lage, diese Rolle auszufüllen; dies gilt für die ‘Sécurité sociale’ ebenso wie für den ‘service public’ oder die Schulen und Hochschulen. Viele Franzosen haben das – nicht unbegründete – Gefühl, dass es sich hier um die letzten, hochgradig gefährdeten Dämme gegen eine „kalte“ Marktgesellschaft handelt und dass ihre weitere Schwächung katastrophale Folgen gerade für einfache Bevölkerungsschichten, also für die „France d’en bas“, hätte.

Eine Reformpolitik der Strukturveränderungen mit sozialem Augenmaß, die die Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft à la française erneuern könnte, stößt mithin an eine Reihe von Hindernissen: eine durch ideologische Verhärtung und soziale Ängste gleichermaßen gespeiste Blockade, zu der man allerdings auch den Klientelismus und die damit verbundene Unglaubwürdigkeit gerade der gegenwärtigen Regierung zählen muss.

## Renaissance des „rheinischen Kapitalismus“?

Auf den ersten Blick scheinen die Voraussetzungen in Deutschland besser. Ökonomisch zeigt die überaus erfolgreiche Position auf den Weltmärkten, dass die deutsche Wirtschaft trotz vieler Unkenrufe kein Problem der Wettbewerbsfähigkeit hat. Auch wenn

die „Deutschland AG“, die bislang mit einem System solider Kapitalverflechtungen die deutschen Firmen erfolgreich gegenüber dem Appetit ausländischer institutioneller Finanzinvestoren schützen konnte, sich aufzulösen begonnen hat,<sup>5</sup> scheint doch die Fähigkeit der großen Unternehmen, sich gegenüber der „Diktatur der Finanzmärkte“ zu behaupten, durchaus vorhanden und auf jeden Fall größer als in Frankreich zu sein. Es bleibt allerdings der Kontrast zwischen der Exportdynamik und der Stagnation des Binnenmarktes und eine Wachstumsschwäche, die Deutschland zum Schlusslicht der EU gemacht hat; ferner eine Massen- und eine Langzeitarbeitslosigkeit, die insbesondere im Osten und in einigen anderen strukturschwachen Regionen eine soziale Krise in Gestalt wachsender Armut und sozialer Ausgrenzung hervorgerufen hat und die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden droht. Dennoch: Diese Krise ist – jedenfalls bislang – weit davon entfernt, das französische Ausmaß zu erreichen.

Auch was die politischen und ideologischen Rahmenbedingungen angeht, gibt es markante Unterschiede. Natürlich ist im Bundestagswahlkampf und im Wahlergebnis eine Ablehnung des Merkel-Westerwelle-Kurses wirtschaftsliberaler Reformen zum Ausdruck gekommen, die in dieser Klarheit nicht jeder erwartet hatte. Aber die Kontroversen sind weniger ideologisch befrachtet als in Frankreich. Die politische Kultur, verstärkt durch die Funktionsweise des politischen Systems, ist pragmatischer und tendiert zur Mitte. Das macht politische Auseinandersetzungen im Prinzip offener und ermöglicht Kompromisse. Das Regierungsprogramm der großen Koalition ist ein gutes Beispiel für derartige Kompromisse aus „sozialen“ und „liberalen“ Elementen, deren Nebeneinander niemanden stört außer die Verfechter der reinen Lehre.

Zwiespältiger ist die starke Rolle der Verbände und aller Formen zivilgesellschaft-

licher Organisationen im öffentlichen Raum zu bewerten. Sie sind einerseits eine unschätzbare ökonomische Ressource, weil die Fähigkeit zur Kooperation und zur Vernetzung zwischen Unternehmen sowie zwischen ihnen und anderen Akteuren nicht nur aus französischer Sicht als Wettbewerbsvorteil angesehen wird. Auch die systematische Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte in die politische Willensbildung kann trotz aller damit verbundenen Schwerfälligkeiten als vorteilhaft angesehen werden, weil die gesellschaftliche Legitimierung auch schwieriger Entscheidungen damit erhöht werden kann. Kehrseite sind wiederholte Entscheidungsblockaden durch den Korporatismus der Verbände, aber auch durch die Fehlentwicklungen des kooperativen Föderalismus.

Vor diesem Hintergrund drückt die Wahlentscheidung am 18. September die – durchaus diffuse – Sehnsucht nach einer Bewahrung der Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft aus: nach einem sozial abgefederten, kooperativen Kapitalismus, der wie in Frankreich ökonomische Performanz und sozialen Ausgleich zu verbinden trachtet und der darüber hinaus durch zahlreiche Formen der Beteiligung und der Verhandlung („runde Tische“ zwischen Regierung und Sozialpartnern, Tarifautonomie, Mitbestimmung) alle Akteure des Wirtschaftsprozesses einbezieht und einen Interessenausgleich erleichtert. Allerdings entgeht auch die deutsche Gesellschaft nicht der Notwendigkeit, sich mit den Fehlentwicklungen und den sozialen Verwerfungen der vergangenen Jahre auseinander zu setzen: die Schwerfälligkeit des deutschen Modells etwa, auf neue Herausforderungen, aber auch Chancen zu reagieren; manche Verkrustungen und bürokratische Hemmnisse; überfällige Anpassungen des sozialstaatlichen Leistungssystems; die alarmierende Chancengleichheit im Bildungssystem; die Notwendigkeit, der Bildung, der Forschung und der Innovation eine wirkliche Priorität zu geben, und vieles andere mehr.

Die Bildung der großen Koalition mit ihrem eingebauten Zwang zum Kompromiss bietet die Chance, diese notwendigen Veränderungen in einer Weise voranzutreiben, die die Gesellschaft nicht überfordert und die keine soziale Gruppe beiseite lässt. Sie erlaubt, die Grundlagen für neue soziale Kompromisse zu schmieden, um die soziale Marktwirtschaft zu erneuern, ohne sie zu zerstören. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Klassikern des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft, etwa *Walter Eucken*, durchaus lohnen würde – sie könnte vor manchen Einseitigkeiten und vorschnellen Schlüssen schützen und den Blick für das Wesentliche schärfen. Aber die Koalition wird auch an ihren Leistungen gemessen werden, allen voran an ihrer Fähigkeit, die Wachstumsschwäche und die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Sollte sie sich allerdings in der Bewegungslosigkeit und in Kompromissen verlieren, die das Land nicht voranbringen, wird sich spätestens in zwei Jahren die Frage nach einem neoliberalen „Bruch“ in neuer Schärfe stellen. Ähnliches gilt für die Sozialparteien. Ihre Fähigkeit zur Aushandlung neuer sozialer Kompromisse, die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern können, wird ebenfalls entscheidend sein für die Frage, ob der vielfach schon totgesagte rheinische Kapitalismus sich erneuern kann.

Aus alledem folgt: Die nationalen Voraussetzungen und Dynamiken in beiden Ländern sind denkbar unterschiedlich. Es ist auch klar, dass jede Gesellschaft ihren eigenen Weg finden muss, um ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt miteinander zu vereinen. Gemeinsam ist beiden Ländern die mehrheitliche Ablehnung eines wirtschaftsliberalen Bruchs – der weder als ökonomisch angemessen noch als gesellschaftlich akzeptabel angesehen wird – und die Erkenntnis, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft einen hohen Wert darstellt, den man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf. Dies führt in beiden Fällen zu einer Vision einer Marktwirtschaft, der der politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Regulierung bedarf. Ungleich schwieriger erscheint die Formulierung einer Strategie, die diese Werte und Präferenzen umsetzt. Die große Koalition, die gegenwärtige und die künftige Regierung in Frankreich werden an dieser Aufgabe gemessen werden. Ihr Erfolg oder ihr Scheitern ist auch von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung und die Lebensfähigkeit eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Ein Grund mehr, die diesbezüglichen Entwicklungen und Debatten in unseren beiden Ländern und in Europa aufmerksam zu verfolgen und im Zusammenhang zu sehen.

- 
- 1 Vgl. *Henrik Uterwedde*: Europa und die „soziale Malaise“ der Franzosen. In: DOKUMENTE 3/2005, S. 19–25.
  - 2 Vgl. ders.: Kapitalismus à la française. In: *Adolf Kimmel / Henrik Uterwedde* (Hg.): Länderbericht Frankreich. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, S. 173–191. *Philippe Estèbe*: Entstehung und Niedergang des Sozialmodells. In: Länderbericht, a.a.O., S. 87–100.
  - 3 Vgl. zu dieser Debatte mit Literaturhinweisen *Henrik Uterwedde*: Frankreich 2005: Brüche im Gesellschaftsmodell. In: Frankreich-Jahrbuch 2005. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006 (in Vorbereitung).
  - 4 Bezeichnend zum Beispiel die Rede *Nicolas Sarkozys* am 7.9.2005, abrufbar unter <http://www.u-m-p.org/site/GrandDiscoursAffiche.php?IdGrandDiscours=141>.
  - 5 Vgl. dazu *Martin Höpner / Martin Krempel*: Ein Netzwerk in Auflösung: Wie die Deutschland AG zerfällt. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2004, abrufbar unter [http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg\\_jb/MPIfG\\_2003-2004\(2\)\\_Deutschland-AG.pdf](http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_jb/MPIfG_2003-2004(2)_Deutschland-AG.pdf).